

Kiel, 15. Juli 2011
Nr. 217/2011

Wolfgang Baasch, Thomas Rother, Hans Müller:

Gelb/schwarze Kürzungspolitik greift – Frauenhaus der AWO in Lübeck vor dem Aus!

Zu den Konsequenzen schwarz-gelber Sparpolitik für ein Lübecker Frauenhaus erklären die Lübecker Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch, Thomas Rother und Hans Müller:

„Mit ihrem Haushaltsbeschluss hat die gelb/schwarze Landesregierung das AUS für das AWO-Frauenhaus in Lübeck besiegelt. Mit dem 31.12.2011 wird die Arbeit im Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Lübeck enden. Damit wird das Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder in Lübeck empfindlich geschwächt. Mit der Entscheidung der gelb/schwarzen Landesregierung werden in Lübeck 36 Frauenhausplätze ersatzlos gestrichen. Mit dem Frauenhaus der AWO wird eine Schutzeinrichtung abgewickelt die 26 Jahre Frauen und Kindern Hilfe, Unterstützung und Schutz geboten hat. Damit ist in Lübeck kein ausreichendes Angebot mehr für betroffene Frauen und Kinder gewährleistet.

Diese skandalöse Entscheidung der gelb/schwarzen Landesregierung ist nicht hinnehmbar. Darum ist es gut, das die Arbeiterwohlfahrt versucht, ein Angebot von 6 Plätzen für Frauen und Kinder mit der finanziellen Unterstützung der Hansestadt Lübeck über den 31.12.2011 hinaus zu erhalten und mit dem Konzept „neue Wege aus der Gewalt“ ein zusätzliches Angebot zur Krisenintervention bei häuslicher Gewalt anbieten will. Dies ein wichtiger und notwendiger Schritt der AWO damit das „Know How“ der Arbeit und das Engagement Mitarbeiterinnen der AWO im Bereich der Unterstützung und Hilfe von Frauen und Kindern die von häuslicher Gewalt bedroht sind nicht verloren geht. Damit wird zwar nicht die ab 2012 bestehende Unterversorgung in diesem Bereich beseitigt, aber für Betroffene ein sinnvolles und zusätzliches Angebot vorgehalten, das die langjährige praktische Erfahrungen der Mitarbeiterinnen der AWO einbezieht.

Der Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt, die Unterstützung und Hilfe von Betroffenen bei der Traumabewältigung, Hilfe bei Behördengängen, Wohnungssuche und weiterer Lebensplanung müssen auch wieder in der Verantwortung der Landespolitik auf der Tagesordnung stehen. Gelb/schwarz hat hier total versagt, nach dem 6.Mai 2012 muss auch in

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

der Förderung von Frauenberatungsstellen und Frauenhausarbeit wieder sozialer Verantwortung gehandelt werden.“